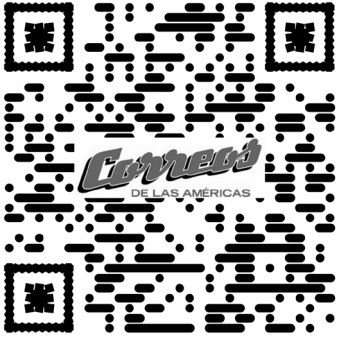




Mobilmachung gegen Linke – nicht nur in Lateinamerika

Dieter Drüssel. **Am 16. Juli beordnete Washington Vertreter:innen von 66 Ländern zu einer vom State Department ausgerichteten Konferenz gegen «Linksextremismus». Hauptredner waren Marco Rubio, Aussenminister, und Stephen Miller, unter anderem führender Berater für Homeland Security.**

Rubio an der Konferenz gegen Linksextremismus: Während 25 Jahren habe der Begriff Antiterrorismus den vom Westen gewonnenen Kampf gegen den Jihadismus gemeint. Diese Bedrohung gehe weiter, «besonders, solange wir Migrationssysteme tolerieren, die diese Bedrohung importieren (...) Aber viel zu lange war unsere Antiterrorismus-Doktrin auf dem Auge für die extremistische Gewalt der politischen Linken blind (...) Deshalb überzogen Kriminelle und Extremisten während der sogenannten George Floyd-Aufstände im Sommer 2020 die Grossstädte Amerikas mit Brandschatzung und Plünderungen», gedeckt von Stadtregierungen.

Zuvor hatten in den Metropolen unter anderem Rote Brigaden, Black Liberation Army, in Lateinamerika Guerillas inklusive «tausender in den terroristischen Castro-Camps ausgebildeter marxistischer Guerillas» gewütet. Und heute In den USA? «Ein Transgender-Schützen eröffnet das Feuer auf katholische Grundschüler beim Gebet». Generell ist das linke Handlungsmotiv «ein giftiges Ressentiment, gekleidet in eine Sprache von Gleichheit, Gerechtigkeit Befreiung.»

Laut «Time Magazine» kamen von den 66 Ländern, die an der Konferenz teilnahmen, fast alle aus Europa, darunter auch die Schweiz. Aus Lateinamerika fehlten Mexiko und Brasilien sowie einige karibische Länder. Aus Asien und der Levante waren Indien, Indonesien, Südkorea, Japan, Israel und Zypern vertreten. Die meisten Delegationen waren offenbar relativ niederrangig.

Und die Antifa...

Rubio behauptete an der Konferenz weiter: «Dies ist eine internationale Konferenz, weil wir einer transnationalen Bedrohung entgegenstehen. Es handelt sich nicht um eigenständige, isolierte Zellen. Sie haben internationale Netzwerke. Sie handeln gemeinsam (...) Antifa-Militante und ihre Genossen quer aus Europa reisen in die Amerikas, um sich gegenseitig an den Angriffen zu beteiligen. Sie benutzen verschlüsselte Kanäle, bewegen sich in den Untergrundnetzwerken und finanzieren ihre Operationen aus transnationalen Fonds.» Der US-Aussenminister fügte hinzu: «Der Präsident unterzeichnete das National Security Presidential Memorandum Number 7 (NSPM-7), um die Antifa-Terrornetzwerke zu zerschlagen.» Schon seien in diesem Rahmen vier linksextreme Organisationen - weitere werden folgen - zu ausländischen Terrororganisationen erklärt worden. Im Mai gab es einen ersten Workshop mit Partnern aus der Strafverfolgung befreundeter Länder: «Der nächste Workshop wird gemeinsam mit unseren Partnern in Deutschland organisiert.» Klar: Auch dort gibt es Antifaschist:innen.

Stephen Miller ist der Strategie hinter der Verfolgung von Migrant:innen in den USA. Er betont die Wichtigkeit des erwähnten Memo Nr. 7 und mahnt wie stets: «Eines der Merkmale linker Gewalt und des Terrorismus ist der völlig vorgeschobene und verlogene Appell an bürgerliche Freiheiten, mit dem versucht wird, die eigene Gewalt zu rechtfertigen. Es ist unerlässlich, dass wir klug und stark genug sind, um zu verstehen, dass diese Appelle auf taube Ohren stossen müssen. (...) Wir müssen bei der Durchsetzung von Gerechtigkeit gegenüber diesen Feinden der Zivilisation absolut unerschütterlich bleiben.» Man schaue sich Fotos von Antifa-Demos an: «Nicht einer der Demonstranten sieht wie ein normaler Mensch aus. Sie sind alle auf irgendeine Weise entstellt – in Aussehen, Kleidung, Verhalten. Wenn man sich zwei Fotos ansieht – von einem normalen Amerikaner auf der Strasse und von einer Antifa-Demonstration –, warum



gibt es unter den gewalttätig Demonstrierenden keine einzige normal aussehende Person?»

Grossangriff auf Lateinamerika

Stephen Miller hatte schon an der ersten der Shield-of-Americas-Konferenz letzten März die lateinamerikanischen Militärs angewiesen, im militärischen Kampf gegen den «transnationalen Terrorismus» (Drogenhandel) das Recht zu ignorieren. Also sich auf einen neuen Plan Condor wie zu Zeiten der Militärdiktaturen verständigen. Shield-of-Americas, auch Americas Counter Cartel Coalicion (A3C) genannt, wird konkret. Anfang August gab das Pentagon die Umwandlung des bisherigen US-Kommandos zur Bombardierung von angeblichen Schmuggelbooten in eine Joint Task Force Westhem (für westliche Hemisphäre) bekannt. Lateinamerikanische Armeen würden sich an US-Operationen in ihrem Land beteiligen. Ecuador macht das seit März.

Am 12. August gab Pentagonchef Hegseth bekannt, Honduras, Guatemala und Kolumbien seien an Bord. Jamaika unterzeichnete wie andere ein Abkommen, das US-Sicherheitskräften im «humanitären» Einsatz diplomatische Immunität zusichert. Pentagon-Politstar Elbridge Colby verlangt von den Ländern des Südkontinents eine Verdoppelung ihrer Militärausgaben. Die Trump-Administration beschloss, 1 Milliarde US-Dollar in einen Plan Patriot 2.0 (der alte Massaker-Plan Colombia) in Kolumbien als Speerspitze der militärischen Herrschaft zu investieren.

Neben der militärischen Komponente gibt es etwa auch die Wahlmanipulation. Sie beinhaltet klassischere Elemente des Wahlbetrugs wie undurchsichtige Auszählsoftware, unüberprüfbare Stimmenlawinen aus den USA für Ultrarechte (Peru, Kolumbien, El Salvador) etc. Doch weder die manchmal extreme offene Droh-

kulisse aus Washington im Fall eines «falschen» Resultats (Honduras) oder die seit Cambridge Analytica (Trump-Sieg 2016, Brexit) perfektionierte und international organisierte emotionale Indoktrinierung von Wähler:innensegmenten via Social Media (Kolumbien) lassen sich noch mit dem Begriff des Wahlbetrugs abdecken. Es sind neue Fronten, die sich gegen unten aufturn.

Zum Beispiel Ecuador

Letzten November 2025 stimmte die Bevölkerung klar gegen die von Präsident Daniel Noboa angeleierte Verfassungsreform für die Wiederzulassung von ausländischen Militärbasen. Ein paar Tage darauf zogen US-Militärs wieder in ihre ehemalige Base von Manta ein; die US-Navy hat ihre regionale Base auf den Galápagos-Inseln. 32 regionale Ausnahmezustände mit Militärrazzien in Armutsquartieren lösen einander ab – die Mordrate bleibt weiter hoch. Die wichtigste Oppositionspartei, die correistische Revolución Ciudadana (RC) wurde von den kommenden Lokalwahlen ausgeschlossen; danach noch eine kleine Partei, die Mitglieder der RC auf ihre Listen gesetzt hatte. In beiden Fällen brauchte die Staatsanwaltschaft einen Tag für Untersuchung und Anklage wegen «Geldwäscherei».

Im Januar 2026 verschwanden das Fischerschiff Fiorella und seine Besatzung auf hoher See, im März wurden zwei Fischerboote, zuvor von einem Flugzeug observiert, mit Drohnen angegriffen. Die Besatzungen wurden von einem Schiff mit englisch-sprachiger Besatzung in US-Militäruniformen festgenommen, schwer misshandelt (auch Verwundete), ausgehungert und nach acht Tagen nahe der Küste von El Salvador dessen Marine als «Schiffbrüchige» übergeben. Sie kamen danach frei, einzelne nicht

Angehörige der Fischer der Fiorella. Bild: zVG

Die DEA und ihr Engagement im Drogenhandel

La Jornada. **Washington im Kampf gegen Mexiko: Kartelle und Regierung sind das Gleiche. Die mexikanische Präsidentin erinnert an geheime Absprachen der DEA mit Drogenhändlern und den zentralen US-Drogenmarkt. Schaut: «Wer verkauft die Drogen? Wie werden sie verkauft? Wie werden sie verteilt? Wie wird das Geld gewaschen?»**



Follow the money. Bild: zVg

Die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum Pardo wies die «unglücklichen und unbegründeten» Äusserungen des Direktors der Drug Enforcement Administration (DEA), Terry Cole, entschieden zurück, der Mitte Juli behauptete, die Drogenkartelle und die mexikanische Regierung seien «ein und dasselbe». Die Präsidentin betonte, dass Coles Äusserungen politisch motiviert seien und nicht der Realität entsprächen, da schon allein der historische Rückgang der Gewalt, die Beschlagnahmungen von Betäubungsmitteln und die Schläge gegen kriminelle Strukturen die Vorstellung einer Gleichsetzung von Behörden und Kriminalität widerlegten. Zudem erinnerte die Präsidentin an einige Skandale um geheime Absprachen mit Drogenhändlern, die die DEA in Verruf gebracht haben, und forderte die Behörde auf, ihre Aufmerksamkeit auf die Vereinigten Staaten zu richten, wo der weltweit grösste Drogenhandel stattfindet. «Wer verkauft sie? Wie werden sie verkauft? Wie werden sie verteilt? Wie wird das Geld gewaschen? Das ist etwas, was die DEA untersuchen sollte», erklärte die Regierungschefin.

Korruptionsnetzwerke auf US-amerikanischem Boden

Die Tatsache, dass Washington so viele Ressourcen für die «Bekämpfung» des Drogenhandels in Dutzenden von Ländern aufwendet, während illegale Substanzen auf seinem eigenen Staatsgebiet ungehindert konsumiert werden und die Gewinne der Kartelle in Höhe von 300 Milliarden Dollar jährlich in seinem Finanzsystem gewaschen werden, ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die US-Behörden nicht die Absicht haben und nie

die Absicht hatten, dieses Problem zu beseitigen. Im Gegenteil, ihr eigentliches Interesse besteht darin, es als Vorwand für ihre neokolonialistische Politik zu nutzen.

Andererseits wirken die Vorwürfe einer «tödlichen Verbindung» zwischen den Drogenkartellen und der mexikanischen Regierung geradezu lächerlich, wenn sie aus dem Mund des Leiters einer Behörde kommen, die durch das Verhalten ihrer Führungskräfte und Mitarbeiter völlig diskreditiert ist. Im Januar 2023 wurde bekannt, dass der ehemalige Regionaldirektor der DEA in Mexiko, Nicholas Palmeri, «unangemessene» Kontakte zu Anwälten aus Miami unterhielt, die lateinamerikanische Drogenbosse verteidigten, weshalb er im Mai 2021 abrupt in die Zentrale nach Washington versetzt wurde, bis er schliesslich im März 2022 zurücktrat. Die Behörde erlaubte ihm, zurückzutreten, anstatt ihn zu entlassen, und verzichtete darauf, Anklage gegen ihn zu erheben; das heisst, sie belohnte seine Korruption mit völliger Straffreiheit. Zwei Monate später wurden ein Agent und ein Vorgesetzter angeklagt, vertrauliche Informationen an Anwälte aus Miami weitergegeben zu haben – im Austausch gegen 70 000 US-Dollar in bar –, ein weiteres Beispiel für die immer offensichtlicher werdenden Korruptionsnetzwerke, die zwischen der Behörde und der gesamten Wirtschaft, die sich um das Geld aus dem Drogenhandel auf US-amerikanischem Boden dreht, gesponnen wurden. Im Juli desselben Jahres trat der stellvertretende Direktor der Behörde, Louis Milione, von seinem Amt zurück, nachdem eine journalistische Recherche ans Licht gebracht hatte, dass er als Berater für Pharmaunternehmen tätig war, die mit der schweren Opioid-Suchtkrise in Verbindung stehen.

Am Drogenhandel und Geldwäscherei beteiligt

Im Dezember 2021 wurde José Irizarry zu zwölf Jahren Haft verurteilt, nachdem er zugegeben hatte, ein Jahrzehnt lang mit kolumbianischen Kartellen bei der Geldwäsche zusammengearbeitet zu haben. In dieser Zeit reiste er um die Welt und führte ein Leben voller Luxus und Exzesse in Begleitung der Personen, die er angeblich verfolgte. Irizarry versicherte, er werde nicht als Einziger auffliegen, und wies darauf hin, dass Dutzende von Bundesagenten, Staatsanwälten und Informanten an einer Art permanenter Tour teilnahmen, um auf drei Kontinenten Geld aus der Geldwäsche einzusammeln. Der in Ungnade gefallene Agent behauptete sogar, dass er und seine Kollegen dies täten, weil sie sich schon seit langem der Sinnlosigkeit des Krieges gegen die Drogen bewusst seien. Bislang waren weder die DEA noch irgendeine andere US-Behörde bereit, den Hinweisen nachzugehen, die Irizarry über das Ausmass der Korruption in den eigenen Reihen liefert.

Im Dezember 2025 klagte die Staatsanwaltschaft des südlichen Bezirks von New York Paul Campo an – einen ehemaligen DEA-Agenten mit 25-jähriger Dienstzeit, der es bis zum stellvertretenden Leiter des Büros für Finanzoperationen gebracht hatte –, sein tiefgreifendes Insiderwissen genutzt zu haben, um sich direkt am Drogenhandel zu beteiligen und die Geldwäsche von zwölf Millionen Dollar für das Kartell «Jalisco Nueva Generación» zu organisieren. Anfang Juli 2026 erklärte die Gouverneurin von New Mexico, Michelle Lujan Grisham, dass der Bundesstaat nach den Enthüllungen, wonach DEA-Beamte wiederholt zugelassen hätten, dass Fentanyl-Lieferungen in von der Drogenproblematik heimgesuchte Gemeinden gelangten – angeblich als Teil eines Plans, grössere Fälle aufzubauen –, Schadenersatz in Höhe von mehreren Milliarden Dollar geltend machen könnte. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Cole und die US-Regierung insgesamt innerlich ihrer eigenen Landesgrenzen und in den eigenen Reihen noch viel zu tun haben und ihren Wähler:innen noch viel zu erklären haben, bevor sie leichtfertige und unangebrachte Anschuldigungen gegen andere Länder erheben.

QUELL: LA JORNADA, 16.JULI.26: LA DEA, METIDA EN NRCOTRÁFICO

Anmerkung Correos

Antonio Maria Costa leitete während der Finanzkrise nach 2007 die UNO-Stelle zu Drogen und Verbrechen (UNODC). In «Drug money saved banks in global crisis, claims UN adviser» schreibt der Guardian (13. Dezember 2009), dass Costa «sagte, er habe Beweise gesehen, dass die Einkünfte der organisierten Kriminalität «das einzige liquide Investmentkapital» waren, das Banken am Rand des Zusammenbruchs letztes Jahr zur Verfügung stand. Der Grossteil der 352 Milliarden US-Dollar Drogengewinne wurde als Resultat in das Wirtschaftssystem geleitet.» Sorgte das für Nachfragen, gar kritische? Keineswegs, genau so wenig wie etwa das Detail, dass Wachovia (heute Wells Fargo), damals die sechsgrösste US-Bank, laut Angaben der US-Staatsanwaltschaft von Florida zwischen 2004 und 2007 grossenteils aus einer einzigen mexikanischen Wechselstube stammende 425 Milliarden US-Dollar in den USA gewaschen hat. Der Betrag belief auf ein Drittel des mexikanischen BIP von 2009. Mit einer Entschädigung von zwei Prozent eines Jahresgewinns bereinigte die Bank die Angelegenheit. Kein Einzelfall.

In seinem absolut lesenswerten Buch «Rauch und Asche – die geheime Geschichte des Opiums» vermittelt Amitav Ghosh, wie der Opiumhandel wichtiger Teil des holländischen und britischen kolonialen Ausbeutungssystems in Asien war, an welchem sich die US-Ostküsten-Bourgeoisie zunehmend beteiligte. Sie sandte ihre Söhne (darunter der Grossvater des späteren US-Präsidenten Roosevelt) ins Opiumbereicherungsgeschäft nach China. Ghosh zitiert dazu den US-Historiker John Haddad: «Opium war wirklich ein Weg, zu Amerika zu befähigen, die wirtschaftliche Stärke in die amerikanische industrielle Revolution umzuwandeln». Auch die Familie Sackler war damals, beschreibt Ghosh, im Opiumgeschäft dabei. Vor einigen Jahren hat sie mit ihren Opioid Oxy, an dem laut der US-Gesundheitsbehörde CDC über 800 000 Menschen in den USA gestorben sind, Geld gemacht.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

mehr arbeitsfähig. Die Staatsanwältin Alexandra Bravo untersuchte die Sache trotz Behinderung durch Vorgesetzte hartnäckig. Sie wurde zusammen mit ihrer Schwester letzten Juni auf offener Strasse erschossen.

Die ecuadorianische Journalistin Camila Calarza veröffentlichte im Juli auf Drop Site Trackingdaten und Aussagen der Fischer, die eine US-Operation belegten. Die New York Times identifizierte danach das Observationsflugzeug als Eigentum eines in einem Postfach eines Ladens des Paketlieferanten UPS angemeldeten Unternehmens, das von der Luftwaffenbasis Ilopango in El Salvador gestartet war. Die Washington Post enthüllte, dass es sich dabei um eine von der CIA koordinierte Aktion handelte. Keine Woche vor dem Mord an der Staatsanwältin wurde die Leiche der prominenten Anti-Korruptionskämpferin Monika Silva Koniusk gefunden. Der Innenminister sprach von Selbstmord, die Autopsie von Erstickten und Totschlag. Kurz vor ihrem Tod hatte sie Befreundeten gesagt, sie habe der US-Botschaft ein Dossier über die zentrale Rolle des Noboa-Familienunternehmens Noboa Trading im Drogenhandel übergeben (schon letztes Jahr hatte das US-Investigativnetz OCCRP Deals der Noboa Trading mit balkanischen Mafias dokumentiert).

Cuba querida

Letzten Juli veröffentlichte das State Department von Marco Rubio den hundertseitigen Report Kuba: The Capital of 21st Century Communism. Zentrales Thema: Kuba versucht seit 1960, die USA zu erobern. Kein Witz. Seine präzise Analyse des Papiers leitet das «Observatorio de Medios de Cuba-debate» mit diesen Sätzen ein: Die Ambition des State Departments «geht weit über das Festhalten erwiesener Geheimdienstoperationen oder die historische Unterstützung Havannas für bewaffnete Organisationen hinaus. Der ganze Text versucht, Kuba als Herz eines Netzes darzustellen, das während 67 Jahren lateinamerikanische Guerillas, (legale) soziale Bewegungen in den USA, solidarische Organisationen, Universitäten, Anti-Deportationsgruppen, Antifa, Black Livfs Matter und propalästinensischen Aktivismus verbindet.»

So fängt das US-Papier an: «Seit fast sieben Jahrzehnten führt das kubanische Regime eine anhaltende Subversionskampagne gegen die Vereinigten Staaten. Diese Kampagne hat die höchsten Ebenen der US-Regierung unterwandert, Generationen amerikanischer Aktivisten rekrutiert, eine beispiellose Welle des linken Terrorismus auf amerikanischem Boden unterstützt.» Und so endet es: «Kubas

Armut mit Harmlosigkeit zu verwechseln, bedeutet, die Bedrohung völlig falsch einzuschätzen. Seine materielle Schwäche war nie der Massstab für seine Gefährlichkeit. Seine Macht war stets ideologischer, subversiver und parasitärer Natur.»

Vermutlich die einzige (fast) richtige Aussage, die Rubio macht. Ja, Kuba stand während Jahrzehnten bei allen Fehlern klar für Hoffnung, für Befreiung, vor allem im Trikont. Die Herrschenden in Washington wollen das ausradieren. Rubio sagte zum Medium Axios: «Was wir versuchen, ihnen (den Kubaner:innen) zu erklären, ist, dass es keinen Ausweg gibt.» Die «Erklärungshilfe»: Aushungern, Kindersterblichkeit, Wasserarmut, kein Strom. Rubio weiter: «Eines der Dinge, die wir in der amerikanischen Aussenpolitik verloren haben, ist das Konzept von Geduld und Ausdauer.» Er hat Geduld beim Anschauen des verursachten Leidens. «Bis Ende der Trump-Administration wird Kuba mindestens in eine andere Zukunft gleiten.» Hofft er. Vor 80 Jahren wäre er als sadistischer Herrenmensch in Nürnberg gelandet. Neun hochrangige UNO-Menschenrechtsexpert:innen bezeichnen Kuba als «stilles Gaza.»

Die Illusionen hinter uns lassen

«Die Unschuld tötet das Volk nicht, aber sie rettet es auch nicht; sein Gewissen wird es retten, und darauf setze ich meine Seele», Alí Primera.

Elías Jaua. Caracas, 20. Juli 2026: Noch immer erschüttert nach zwei aufeinanderfolgenden Erdbeben, mit traurigem Herzen wegen der verstorbenen und verletzten Landsleute, bewegt vom Leid der Angehörigen, die noch immer nach ihren Liebsten suchen, um ihnen zumindest ein christliches Begräbnis zu gewähren, in Solidarität mit der Verzweiflung Zehntausender obdachloser Familien – mit all dem Leid der Welt auf einmal – können wir nicht umhin, über die Notwendigkeit zu sprechen und zu schreiben, für die Unabhängigkeit und Würde Venezuelas zu kämpfen. Tatsächlich macht die Tragödie, die uns heute trifft, dies umso dringlicher.

Unter Ausnutzung der Katastrophensituation sind bewaffnete Truppen der Vereinigten Staaten in La Guaira gelandet, Kriegsschiffe haben vor unseren Küsten Stellung bezogen, und der venezolanische Luftraum wird täglich von Drohnen, Flugzeugen und Hubschraubern der Besatzungsmacht verletzt. Sie haben niemanden gerettet, sie haben niemandem geholfen, sie besetzen lediglich das Land, vermessen Grundstücke und kontrollieren Hafen- und Flughafenanlagen. Sie demütigen.

Es werden pompöse Wiederaufbauprojekte gemeinsam mit der israelischen Regierung angekündigt, gegen deren führende Politiker vor dem Internationalen Strafgerichtshof und dem Internationalen Gerichtshof fundierte Vorwürfe wegen offensichtlichen Völkermords am palästinensischen Volk erhoben werden. Ein friedliebendes Volk wie das venezolanische, das solidarisch ist und auf eine Tradition des Kampfes für Unabhängigkeit, friedliches Zusammenleben und die Sache der Menschlichkeit zurückblickt, hat diese Beleidigung nicht verdient.

Diese Schande wird noch verschlimmert durch das Schweigen der politischen Führungskräfte aller Lager, die über eine genehmigte Sprachrohrfunktion verfügen, in den verschiedenen staatlichen Institutionen vertreten sind und dort Verantwortung tragen – und die offenbar mehr daran interessiert sind, sich als beste Option für die Zusammenarbeit mit dem Kolonisierungsplan der Trump-Regierung zu präsentieren, als ihrer verfassungsmässigen Pflicht nachzukommen, die Integrität und Würde der Republik zu wahren.

Unter diesen Umständen sind wir, die wir unser Vaterland Venezuela zutiefst lieben, verpflichtet, erneut anzuprangern, dass die Regierung der Vereinigten Staaten:

- in Venezuela eine Kolonialverwaltung ausübt, indem sie unsere Ressourcen vermarktet und sich unsere wirtschaftlichen Einnahmen aneignet, die zudem für den Wiederaufbau nach den Erdbeben und für die Überwindung der prekären wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung insgesamt notwendig sind. Dies wird durch die Auferlegung eines ungerechten und korrupten Plans zur Tilgung der Auslandsschulden verschärft, der einen hohen Prozentsatz der öffentlichen Finanzen für den Rest dieses Jahrhunderts bindet.

- das Recht auf Selbstbestimmung verletzt hat, indem sie einen politischen Plan durchgesetzt hat, der ganz auf ihre Annexionsabsichten zugeschnitten ist.

- eine militärische Invasion in unserem geografischen Raum durchführt, die im vergangenen August 2025 begann, über den abscheulichen Raketenangriff vom 3. Januar 2026 mit zahlreichen Toten und Verletzten verlief, sich in den folgenden Monaten in mehreren Einfällen und Angriffen fortsetzte und sich derzeit in der Landung schwer bewaffneter Soldaten und Ausrüstung in La Guaira im Juni dieses Jahres äussert, wobei diese Präsenz eine ernsthafte Gefahr für die körperliche und seelische Unversehrtheit der Bevölkerung darstellt, insbesondere für Frauen, Mädchen und Jungen.

- die Einführung eines neoliberalen, auf Rohstoffabbau ausgerichteten Modells erzwingt, das die grosse Mehrheit der Bevölkerung vom Gemeinwohl ausschliesst und unser Ökosystem irreversibel schädigen wird.

- Venezuela in die Machenschaften ihres geopolitischen Krieges im Nahen Osten verwickelt, was gefährliche Folgen für unsere Sicherheit als Nation hat.

Daher müssen wir als Volk unser Bewusstsein für die Schwere der Besetzung und ihre Folgen schärfen und auf unsere Fähigkeiten als Nation vertrauen, um eine einheitliche Agenda voranzutreiben, die es uns ermöglicht:

- das Recht auf politische, institutionelle und gesetzgeberische Selbstbestimmung zurückzugewinnen. Wir Venezolanerinnen und Venezolaner sind es, die im Rahmen der

Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela demokratisch entscheiden müssen, wer uns regiert und welche Gesetze und Institutionen wir brauchen und wollen.

- die wirtschaftliche Souveränität zurückzugewinnen: unsere Ressourcen und Produkte frei zu vermarkten. Der venezolanische Staat muss unter strenger fiskalischer Kontrolle die Einnahmen aus diesen Ressourcen zum Wohle der Allgemeinheit verwalten – und zwar dringend, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der durch die Erdbeben sowie ein Jahrzehnt des wirtschaftlichen Chaos und brutaler, ungerechter und illegaler Sanktionen verursachten Notlage zu überwinden.

- den Abzug der Militärtruppen und Sicherheitskräfte der Vereinigten Staaten und des Staates Israel sowie die Einstellung jeglicher Art von ausländischen Militäroperationen auf venezolanischem Staatsgebiet zu fordern. Die Sicherheit der Nation obliegt dem venezolanischen Staat.

- ein Modell und einen Plan für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Sinne von Inklusion und sozialer Gleichheit zu erarbeiten, auf den sich alle politischen Strömungen einigen.

- unser Recht auf friedliche und kooperative Beziehungen zu allen Nationen der Welt auszuüben, die die Grundsätze von Menschlichkeit und Zusammenleben teilen.

Landsleute, man will uns davon überzeugen, dass wir nicht in der Lage sind, unser Land zu regieren, und dass der einzige Weg zu Entwicklung und Wohlstand darin besteht, von der US-Regierung bevormundet oder annektiert zu werden. Falscher geht es nicht! Das venezolanische Volk muss wissen, dass die Vereinigten Staaten in den von ihnen besetzten Ländern weder Entwicklung noch Wohlstand für die grosse Mehrheit der Bevölkerung schaffen – was im Widerspruch zu ihrer Doktrin steht.

Es ist notwendig und angebracht, bereits jetzt darauf hinzuweisen, dass es in La Guaira zu einem Prozess der Gentrifizierung und Vertreibung der lokalen Bevölkerung kommen wird, damit die Familie Trump, ihre Entourage und Geschäftspartner über die besten Grund-



stücke verfügen, um eine Immobilienklave in Verbindung mit Hafen-, Flughafen- und Tourismusdienstleistungen zu entwickeln. Dies würde sicherlich auch in einigen anderen Küstenorten geschehen.

Die gegenwärtigen Umstände verlangen von uns, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um eine nationale Einigung zu erzielen, die darauf abzielt, unsere Republik wiederherzustellen, und uns zu beweisen, dass wir hier auf venezolanischem Boden tatsächlich eine demokratische Gesellschaft aufbauen können, in der wir alle in Gleichheit, Gerechtigkeit und Würde leben können. Die Besetzung des Trump-Clans wird Unterentwicklung und Elend nur noch weiter ausweiten und strukturell verfestigen. Nur wenn wir unsere nationale Selbstbestimmung zurückgewinnen, können wir erneut – und so oft wie nötig – versuchen, ein Vaterland aufzubauen, das die gesamte venezolanische Familie beherbergt, also eine echte Republik. So wird es sein. Lasst uns kämpfen!

QUELLE: ELIASJAUAVZLA.WORDPRESS.COM:
DESECHAR LAS ILUSIONES.
DER AUTOR HATTE UNTER CHÁVEZ UND DANACH MADURO BIS 2018 HOHE REGIERUNGSÄMTER BEKLEIDET (UNTER ANDEREM VIZESTAATSPRÄSIDENT UND AUSSENMINISTER.

«Mit all dem Leid der Welt auf einmal – können wir nicht umhin, über die Notwendigkeit zu sprechen und zu schreiben, für die Unabhängigkeit und Würde Venezuelas zu kämpfen.»
Elías Jaua

Schwierige Frage

Dieter Drüssel. **In Venezuela wächst der Druck der USA auf Wirtschaft und Politik. Während vieles auf eine zunehmende Unterordnung unter Washington hindeutet, setzen chavistische Kräfte auf die Mobilisierung der Basis und die Comunas.**

In der letzten Correos-Nummer demonstriert ein Aktivist der US-Antikriegsorganisation Codepink mit Betonung der laufenden Mobilisierungen das Narrativ von einem US-hörigen Chavismus. Elías Jaua (siehe Artikel oben) aber steht für jene Kräfte, die genau dieses Gehorsam-Narrativ in Kraft sehen. Zwar befürwortete er den Versuch, mit Verhandlungen den am 3. Januar drohenden Massenmord zu unterlaufen, aber ohne dabei die chavistische Seele zu verlieren. Seit «Gaza» ist klar, zu welch Barbarei westliche Eliten wieder willens sind. Vieles deutet auf ein sich durchsetzendes US-Narrativ.

Unter fremder Kontrolle

Als Beispiel die Wirtschaftspolitik: Venezuela exportiert Öl unter US-Aufsicht (laut Financial Times von Januar bis Juni für rund 13 Milliarden US-Dollar und erhält dafür allenfalls einen Viertel dieses Betrags vom geschäftsführenden US-Finanzministerium 22 Milliarden US-Dollar an vom Westen beschlagnahmten venezolanischen Devisenreserven im Ausland sind auch nicht nach den schlimmen Erdbeben im Juni ausgehändigt worden.

Der IWF schüttete während der Covid-19-Pandemie an alle Mitgliedsländer obligatorische Beträge aus, aber nicht an Venezuela. Der Fonds schuldet dem Land deshalb 4,5 Milliarden US-Dollar. Er hat nach den Erdbe-

ben 200 Millionen US-Dollar «Wiederaufbauhilfe» locker gemacht. Mitte August wurde ein Offshore-Gasförderungsabkommen für BP, Shell und Unternehmen aus den Emiraten und Katar abgeschlossen, an dem die staatliche PDVSA nicht einmal mehr beteiligt ist.

Die Kraft der Comunas

Solche Zusammenhänge sind nicht bestritten. Die chavistische Führung verweist als «Korrektiv» dieser Sicht auf die Dynamik der Mobilisierungen. Zum Beispiel auf die Comunas oder die nach den Erdbeben nochmals gesteigerte Demonstrationen und Dialogergebnisse mit der Rechten für die Rückerstattung der gestohlenen 22 Milliarden US-Dollar.

Eine erste Bewegung gibt es bei den von der Bank of England beschlagnahmten 4,3 Milliarden Dollar in Gold, die jetzt «freigegeben» werden – auf das Venezuela-Konto des US-Finanzministeriums. (Dieses zieht übrigens die Kosten für die US-Militäraggression gegen Venezuela ab.) Interessanter wohl der chavistische Verweis auf Bewegungen wie die Comunas, territoriale Zusammenschlüsse von Basisorganisationen, die grosse Mobilisierungen tragen und tatsächlich Einfluss auf die staatlichen Finanzen in den Territorien haben. Kürzlich versprach die Regierungspartei PSUV, bei der Reorganisation der Comunas zu helfen. Das kann auf deren Stärkung oder Unterordnung hinauslaufen.

Desinformationskampagne auch in der Schweiz

Der Entschluss, den «Verhandlungsweg» zu gehen, ist echt nachvollziehbar. Nur: Er impliziert ein Szenario der nicht nur gespielten Unterwerfung. Die für uns offene Frage ist: Verlaufen die internen chavistischen Diskussionen mit der Basis offen und ehrlich oder wird einfach eine Linie durchgepeitscht? Immer noch ist das Bewusstsein der Menschen entscheidend. Ein Faktencheck wird der Wiederaufbau nach den Beben sein. Kommt es zum befürchteten katastrophenkapitalistischen Durchmarsch in Form von lukrativen Investitionen in Luxustourismus-Küsten und ähnliches? Oder kann der weitgehend verhindert werden?

Wir täten gut daran, das Mainstream-Narrativ nicht einfach zu verinnerlichen. Siehe in diesem Zusammenhang die Desinformationskampagne auch in der Schweiz in Sachen Juni-Erdbeben (siehe ZAS-Blog, Venezuela: Die Ruinen und die Erbärmlichen). Tenor der verlogenen Hetze: Die chavistische Regierung sabotiert jede Hilfe für die Opfer. Jetzt, wo in Kolumbien nach den Erdbeben die Ultrarechte mit Abschaffung von Wasserrechten, neuen Minenerschliessungen oder einer Neuauflage des US-Massakerschemas Plan Colombia glänzt, aber kaum mit realer Opferhilfe, schweigt der Medienchor. Es fehlte das Beiss-Kommando.

Die USA zwingen den Indigenen Kolumbiens den evangelikalen Zionismus auf

Diana Carolina Alfonso. **Die regionale Ombudsstelle von Magdalena lud ihre Mitarbeitenden zu einem Treffen mit dem US-Aussenministerium ein, um angebliche Konflikte im Zusammenhang mit «Antisemitismus» innerhalb der indigenen Gemeinschaften der Sierra Nevada zu erörtern.**



Mitte August sandte die regionale Ombudsstelle von Magdalena unter der Leitung von Claudia Liliana Castellanos Roncancio folgende Mitteilung an ihre lokalen Vertreter:innen: «Ich möchte Ihnen mitteilen, dass wir am kommenden Freitag, 21. August, um 14 Uhr Besuch vom US-Aussenministerium erhalten werden, um uns aus erster Hand ein Bild von der Lage der Religionsfreiheit in der Region zu machen. (...) Der Schwerpunkt liegt dabei auf der von illegalen bewaffneten Gruppen ausgeübte Gewalt und ihre Auswirkungen auf die Ausübung des Glaubens durch die Religionsgemeinschaften; den Schwierigkeiten bei der Evangelisierung in den indigenen Gemeinschaften der Sierra Nevada de Santa Marta; (...) dem eventuellen Auftreten von Fällen oder Erscheinungsformen von Antisemitismus.»

Die Frage, die dabei unweigerlich im Raum steht, lautet: Welches Interesse hat die US-Regierung an den internen Konflikten zwischen traditionellen Indigenen und Evangelikalen in der Sierra Nevada de Santa Marta? Und warum taucht das Wort «Antisemitismus» im selben Absatz auf wie die Evangelisierungsprozesse in indigenen Gebieten?

Evangelikale Kolonisierung in der Sierra Nevada

Religiöse Konflikte in der Sierra Nevada sind nichts Neues, haben jedoch in den letzten Jahren eine besorgniserregende Dimension angenommen. Das Urteil SU-510 des Verfassungsgerichts aus dem Jahr 1998 dokumentierte ausführlich den Zusammenprall zwischen der Weltanschauung des Volkes der Arhuaco (Ika) und der Lehre der Vereinigten Pfingstkirche Kolumbiens (IPUC). Das Urteil erkannte an, dass in der Ika-Kultur «eine enge Beziehung zwischen dem Bereich des Heiligen – der Religion – und dem des Profanen – dem Politischen und dem Rechtlichen – besteht». Für die Arhuacos ist die Religion alles, denn jede Handlung, jeder Gedanke, jeder Gegenstand hat eine heilige Bedeutung, die das Gleichgewicht des Universums aufrechterhält. Das Gesetz der Mutter oder Ursprungsgesetz ist das grundlegende ethische Prinzip, das das individuelle und kollektive Verhalten leitet, die Grundlage des politischen und rechtlichen Systems und das Muster der sozialen Organisation.

Die evangelikale Lehre, die den Schwerpunkt auf die individuelle Erlösung legt und Praktiken wie das «Poporo», die «Seguranza» (rituelle Opfergaben) sowie die Autorität der Mamos ablehnt, steht in direktem Widerspruch zu dieser Weltanschauung. Das Gericht stellte fest, dass ein Indigener, der das «Gesetz des Ursprungs» durch die Bibel und den Mamo durch den evangelikalen Pastor ersetzt, nicht mehr die Weltanschauung – und damit auch nicht die Kultur – der Arhuaco teilt.

Die von indigenen Organisationen gesammelten Zeugenaussagen berichten von Vertreibungen evangelikaler Pastoren, der Schliessung von Gotteshäusern und gewalttätigen Auseinandersetzungen. Im Jahr 2019 forderte eine Auseinandersetzung unter Kogú-Indigenen 20 Verletzte, von denen elf schwere Kopfverletzungen erlitten, nachdem ein Mitglied der Gemeinschaft, Atanasio Moscote, versucht hatte, das Christentum durchzusetzen und diejenigen zu bestrafen, die sich weigerten, ihren überlieferten Glauben aufzugeben. Die Mamos, die

spirituellen Führer, wurden fortgeschleppt; den Kindern wurde die Schule geschlossen. Die Einschüchterungen waren allgegenwärtig.

Was der Gerichtshof 1998 feststellte – dass indigene Gemeinschaften über Autonomie zum Schutz ihrer kulturellen Integrität verfügen und dass die Religionsfreiheit der Evangelikalen nicht auf Kosten des Überlebens der Kultur der Arhuaco ausgeübt werden darf –, wird heute durch die zynische Einmischung des US-amerikanischen Zionismus auf die Probe gestellt.

Evangelikaler Zionismus: Eine Geschichte des Imperialismus

Der religiöse Fundamentalismus, der heute bis in die Sierra Nevada vordringt, hat eine lange Geschichte. Er entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten als heftige Reaktion auf die Wissenschaft, den Humanismus und die Werte der Aufklärung. Finanziert wurde er vom presbyterianischen Milliardär Lyman Stewart.

Diese Theologie fand ihre politische Rechtfertigung im «Manifest Destiny» – der Vorstellung, dass die Expansion der Vereinigten Staaten Gottes Wille sei. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts griff die christliche Rechte in den USA dieses Konzept wieder auf, um imperialistische Aktionen in Lateinamerika zu rechtfertigen.

Der christliche Zionismus – der Glaube, dass die Rückkehr der Juden nach Palästina und die Gründung des Staates Israel notwendige Voraussetzungen für das Ende der Zeiten und die Wiederkunft Christi sind – ist ein zentraler Bestandteil dieses Projekts. Als Reaktion auf das Voranschreiten der revolutionären Bewegungen der Dritten Welt festigte sich das Bündnis zwischen dem evangelikalen Fundamentalismus in den USA und dem politischen Zionismus in Israel in den 1970er- und 1980er-Jahren endgültig, als religiöse Führer wie Jerry Falwell enge Verbindungen zur Regierung des israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin knüpften.

Heute, mit dem Amtsantritt von Abelardo de la Espriella, findet dieser christliche Zionismus in Kolumbien fruchtbaren Boden. Als Vehikel dienen dabei die Pfingst- und Neupfingstkirchen, die – wie das Dossier des Instituto Tricontinental (Fundamentalismo e imperialismo en América Latina: acciones y resistencias, 19. Dezember 2022) dokumentiert – vom US-Imperialismus finanziert und gefördert wurden, um ein Gegengewicht zur Befreiungstheologie und zu den Volksbewegungen der Region zu schaffen.

Die Regierung der Pastoren

Präsident Abelardo de la Espriella, ein geläuterter Atheist, der sich nun als Katholik, Evangelikaler und Zionist bezeichnet, ist mit der Unterstützung mehrerer evangelikaler Kirchen an die Macht gekommen, die Tausende von Bürger:innen zu seinen Gunsten mobilisiert haben.

Die Regierung von De la Espriella ist voll von evangelikalen Persönlichkeiten, deren Werdegang ernsthafte Fragen hinsichtlich der demokratischen Qualität und der öffentlichen Ethik des neuen Regimes aufwirft. (Die Autorin zählt im Folgenden eine Reihe erzreaktionärer, oft in Paramilitarismus und Korruption verwickelter PastorInnen auf, die jetzt wichtige Regierungspositionen besetzen. Aus Platzgründen weggelassen.)

Christofaschismus als Methode

Der Begriff «Christofaschismus», geprägt von der deutschen Theologin Dorothee Sölle, beschreibt eine politische Haltung, die Christentum und Faschismus verbindet. Sölle erkannte, dass die soziale Basis, die den Nationalsozialismus in Deutschland legitimierte, christlich war, und prägte den Begriff, um vor der Gefahr eines zur Herrschaft instrumentalisierten Glaubens zu warnen. In Brasilien wurde der Begriff von progressiven Geistlichen verwendet, um das Voranschreiten des religiösen Fundamentalismus zu beschreiben, der das Land beherrscht – und dies mit noch grösserer Intensität seit Bolsonaros Amtszeit als Staatschef.

Der «Christofaschismus» beschreibt ein reales Phänomen, bei dem sich politische Macht, religiöser Fundamentalismus und Imperialismus verbünden, um eine einheitliche Weltanschauung durchzusetzen, abweichende Meinungen auszuschalten, das Geflecht der Solidarität zu zerreißen und widerständige Bevölkerungsgruppen zu unterwerfen. In Kolumbien nimmt dieses Phänomen mit dem Vordringen von aus den USA finanzierten evangelikalen Kirchen in indigene Gebiete, der Besetzung öffentlicher Ämter durch Persönlichkeiten, die mit Paramilitarismus und Korruption in Verbindung stehen, sowie der bedingungslosen Annäherung an die israelische Regierung inmitten eines Völkermords konkrete Züge an. De la Espriella hat die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel, die Anerkennung der Hoheit Israels über die Golanhöhen, die Eröffnung der kolumbianischen Botschaft in Jerusalem und den Rückzug Kolumbiens aus dem Verfahren Südafrikas gegen Israel wegen Völkermords im Gazastreifen angekündigt.

Die Folgen: Kultureller Völkermord und Zerstörung des sozialen Gefüges

Die Etablierung des evangelikalen Zionismus in der kolumbianischen Regierung hat Folgen, die bereits spürbar werden. In der Sierra Nevada stellt der Druck der evangelikalen Kirchen auf die indigenen Gemeinschaften eine direkte Bedrohung für das kulturelle Überleben der Völker der Arhuaco, Kogui, Wiwa und Kankuamo dar. Das Verfassungsgericht wies bereits 1998 darauf hin, dass die Weltanschauung der Arhuaco und die evangelikale Lehre unvereinbar sind und dass die Bekehrung zum Evangelium «einen tiefgreifenden und radikalen Prozess der kulturellen Verdrängung» bedeutet. Wenn man zulässt, dass externe Akteure – finanziert aus den USA und dem christlichen Zionismus verbunden – diesen Prozess beschleunigen, bedeutet dies, diese jahrtausendealten Kulturen zum Verschwinden zu verurteilen.

Widerstand und Hoffnung

Es gibt jedoch enormen Widerstand gegen dieses Vorpreschen. In der Sierra Nevada verteidigen die Mamos (spirituelle Führer) und die traditionellen Autoritäten weiterhin ihre Kultur und ihr Territorium. Organisationen wie der Indigene Regionalrat von Cauca (CRIC) und die Nationale Indigene Organisation Kolumbiens (ONIC) haben die Einmischung evangelikaler Kirchen in angestammte Gebiete angeprangert. Im religiösen Bereich gibt es christliche Strömungen, die sich dem Fundamentalismus widersetzen. Die Befreiungstheologie ist zwar verfolgt, lebt aber in den Basisgemeinden und Volksbewegungen weiter. Wie das Dossier des Tricontinental-Instituts hervorhebt, «besteht die Basis der Volksbewegungen in Brasilien mehrheitlich aus gläubigen Christen, die sich dem Kampf und dem Glauben verschrieben haben».

Die Herausforderung ist gewaltig. Es geht darum, einen Dialog zwischen Glauben und Kampf, zwischen Spiritualität und sozialer Gerechtigkeit aufzubauen, ohne dass das eine das andere ausser Kraft setzt. Wie Mariátegui schrieb: «Weder die Vernunft noch die Wissenschaft können das gesamte Bedürfnis nach Unendlichkeit befriedigen, das im Menschen steckt.» Die Religion ist Teil des Lebens des Volkes; dies zu ignorieren bedeutet, dem Fundamentalismus ein Terrain zu überlassen, das ihm nicht zusteht.

QUELLE: GEKÜRZT AUS DIARIO-RED.COM, 21.AUGUST 26: ESTADOS UNIDOS IMPONE EL SIONISMO EVANGÉLICO A LAS COMUNIDADES INDÍGENAS DE COLOMBIA

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Zentralamerika-Sekretariat (ZAS)
IBAN: CH1009000000800605180
Die Publikation erscheint
3 bis 4 Mal jährlich.

REDAKTION:
Correos de las Américas,
Postfach 1054, 8031 Zürich
E-Mail: zas.11.ch@gmail.com

DRUCK:
Union Druckerei Berlin